

Beschluss – GPA-djp Präsidium am 23.05.2016 - für eine gemeinsame UNIONEN/GPA-djp-Erklärung

FÜR EINE AUFSTOCKUNG DES ESF IM RAHMEN EINER EUROPÄISCHEN BESCHÄFTIGUNGSINITIATIVE ZUR ARBEITSMARKTINTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

In allen EU-Ländern, in denen die aktuellen Flüchtlingsbewegungen zu einer sehr hohen Zahl von AsylwerberInnen und -berechtigten geführt hat, ergibt sich in der Arbeitsmarktpolitik enormer Handlungsbedarf. Die Notwendigkeit zur Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt stellt auch eine europäische Herausforderung dar, für die auch zusätzliche Mittel auf der europäischen Ebene bereitgestellt werden sollten. **Mitgliedstaaten, die bei der Aufnahme von Flüchtlingen und deren Integration in den Arbeitsmarkt besondere Anstrengungen unternehmen, sollen auch besonders von europäischer Unterstützung profitieren.**

In diesem Sinn sprechen sich die GPA-djp sowie UNIONEN für eine neue europäische Beschäftigungsinitiative aus, die auf die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt abzielt.

- Um einen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen der Fluchtbewegungen zu leisten, sind die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen im Rahmen einer neuen Beschäftigungsinitiative substantiell (um mind. 10 Mrd. Euro) aufzustocken.
- Die vorhandenen und zur Bewältigung der Folgen des krisenbedingten Anstiegs der Arbeitslosigkeit in der EU bereits jetzt äußerst knapp bemessenen Mittel im ESF, die in der Förderperiode bis 2020 darüber hinaus bereits verplant und benötigt werden, können und sollen dabei nicht umgewidmet werden.
- Daher ist vergleichbar zur Aufstockung des ESF für die Jugendbeschäftigungsinitiative eine ausreichende Aufstockung des ESF im Rahmen einer neuen europäischen Beschäftigungsinitiative für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen dringend geboten.
- Zentrale Indikatoren bei der Mittelvergabe müssen aufgrund des besonderen Charakters dieser Herausforderung die Anzahl der von einem Mitgliedstaat aufgenommenen Asylsuchenden und -berechtigten, sowie die Ausgestaltung und die Qualität der vorgesehenen Arbeitsmarktmaßnahmen sein.
- Um die effektive Nutzung der Beschäftigungsinitiative zu erleichtern, ist auch ein reduziertes Erfordernis zur Ko-Finanzierung für Mitgliedstaaten anzudenken.

Die GPA-djp und die Gewerkschaft UNIONEN werden sich im Rahmen der Gewerkschaften in ihren Ländern sowie auf europäischer Ebene ebenso wie auf Regierungsebene sowie in den europäischen Institutionen auf europäischer Ebene aktiv für die Einführung einer europäischen Beschäftigungsinitiative für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen einsetzen.